

Parlament besiegelt raschen Kauf des F-35

- 16.09.2022
- Aargauer Zeitung / Gesamt Regio
- Reto Wattenhofer

Die Schweiz wird bis nächsten März die Verträge für die neuen Kampffjets unterzeichnen. Die «Stopp F-35»-Initiative verkommt zur Farce. Reto Wattenhofer Das Polit-Theater um den F-35-Kampffjet kommt zu einem Ende: Der Nationalrat hat den raschen Kauf des neuen Flugzeuges in der Höhe von 6 Milliarden Franken besiegelt. Bis spätestens Ende März muss der Bundesrat die Beschaffungsverträge mit der US-Regierung für die 36 Flugzeuge unterzeichnen. So hat es der Nationalrat in die Armeebotschaft 2022 geschrieben - wie zuvor der Ständerat.

Nicht abwarten wollten Mitte, FDP und SVP die Abstimmung über die «Stopp F-35»-Initiative, die den Kauf der Flugzeuge verhindern möchte. Unterzeichne die Schweiz nicht bis Ende März, drohten Nachverhandlungen, Verzögerungen und Mehrkosten, betonte Thomas Hurter (SVP/SH). Der Kommissionssprecher führte auch sicherheitspolitische Argumente ins Feld. Ohne Erneuerung der Luftwaffe sei die Armee «gegroundet». Für die Befürworter gilt es, den Volkswillen rasch umzusetzen.

Im Herbst 2020 hatte die Stimmbevölkerung dem Kauf neuer Kampffjets zugestimmt. Am Ende gaben 8000 Stimmen den Ausschlag. Die bürgerliche Allianz erachtet die Volksinitiative deshalb als «Zwängerei». Eine erneute Abstimmung käme einer Wiederholunggleich, betonte Melanie Mettler (GLP/BE). Zweifel an Beschaffungsprozess Die Ratslinke liess das nicht gelten.

«Warum haben Sie so Angst vor der Volksabstimmung», fragte Priska Seiler Graf (SP/ ZH). Marionna Schiatter (Grüne/ZH) versicherte dagegen, eine Abstimmung über den Flugzeugtyp wäre anders ausgefallen. Zudem sei der F-35 das falsche Flugzeug. «Wir brauchen keinen Tarnkappenbomber für die Luftpolizei.» Zweifel hegen SP und Grüne auch am finanziellen Rahmen und dem Evaluationsverfahren.

Franziska Roth (SP/SO) verwies auf die Einschätzung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Diese stellt in Frage, dass die Schweiz - wie vom Verteidigungsdepartement (VBS) behauptet - einen Fixpreis ausgehandelt hat. Auch empfahlen die Finanzprüfer des Bundes, dass die Schweiz mit anderen Ländern, die den F-35 bereits beschafft haben, einen Erfahrungsaustausch anstrebt. Es sei «unverständlich», dass das VBS sich gegen diese Empfehlung sperre, kritisierte Sarah Wyss (SP/BS). Gemäss GPK lief Evaluation rechtmässig ab Die Befürworter berufen sich bei ihrer Argumentation auf den letzte Woche publizierten Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats.

Die Aufsichtsbehörde war zum Schluss gekommen, dass das Evaluationsverfahren rechtmässig abgelaufen sei. «Die Fakten sprechen für den Kauf dieses Kampfflugzeuges», sagte Bruno Walliser (SVP/ZH). Bitter ist die Entscheidung für die Kampffjetgegner aus den Reihen der SP, Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Erst letzten Monat hatten sie vermeldet, dass sie genug Unterschriften für das Volksbegehren zusammen haben. Der Urnengang dürfte nun zur Farce werden.

Die Unterschriftensammlung stand von Beginn an unter keinem guten Stern. SVP und FDP forderten die Initianten nach der russischen Invasion der Ukraine auf, die Sammlung abubrechen. Selbst Bundesrätin Amherd rief die «Stopp F-35»-Allianz zum Sammelstopp auf und erntete für ihr Vorgehen viel Kritik. Noch im Februar hatte der Bundesrat versichert, zuerst die Initiative abzuwarten, bis er die Beschaffungsverträge unterzeichnet. Ein Herz zeigt der Nationalrat für die Patrouille Suisse.

Damit die Staffel weiterhin mit den gewohnten Flugzeugen fliegen kann, soll die F-5-Tiger-Flotte länger in Betrieb bleiben. Der Bundesrat möchte die Jets ausmustern, da sie veraltet sind und nicht mehr gebraucht werden. Maja Riniker (FDP/AG) stellte den Weiterbetrieb der Flotte in einen

anderen Zusammenhang. Der Tiger müsse länger in der Luft bleiben, um wichtige Dienstleistungen für den F-18-Jet zu erbringen. Für die Ratslinke sind das Ausflüchte.

«Ein bisschen Nostalgie und ein bisschen Sinnsuche», frotzelte Schiatter. Sie erinnerte die Bürgerlichen an den Widerspruch zu deren eigenem Credo: «Jeder Franken muss für unsere Sicherheit investiert werden. Damit torpediert das Parlament die Sparbemühungen des Bundesrates. Er erachtet die Kosten als unverhältnismässig im Vergleich zum Nutzen. Neben Investitionen von 9 Millionen Franken veranschlagt sie den jährlichen Betriebsaufwand auf 25 Millionen.

Trotz Widerstand: Der F-35 wird angeschafft. Bild: Dursun Aydemir/Getty.